



09.053

KVG. Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung

LAMal. Mesures pour endiguer l'évolution des coûts



SCHENKER SILVIA

Basel-Stadt

Sozialdemokratische Fraktion (S)

Schenker Silvia (S, BS): Alle Jahre wieder im Spätsommer klingelt das Telefon, und eine nette Stimme erkundigt sich danach, bei welcher Krankenkasse man versichert sei. Zugegeben: Bei mir klingelt das Telefon nicht mehr, respektive das Gespräch ist jeweils rasch beendet. Da geht es mir ein bisschen besser als Herrn Cassis. Ich bin allein aufgrund meines Alters ein schlechtes Risiko und darum nicht interessant für Versicherungsmaklerinnen und -makler. Die Jüngeren unter uns werden aber sicher intensiver umworben, und sie ärgern sich vielleicht auch darüber. Es ist nicht möglich, solche Telefonwerbeaktionen zu unterbinden, zumindest nicht im Rahmen des KVG. Im KVG wollen und können wir aber dafür sorgen, dass solche Aktionen nicht Kosten für die Grundversicherten verursachen.

Den Vorschlag, den Ihnen hier die Mehrheit unterbreitet, hat die Verwaltung eingebracht. Die Fassung der Mehrheit der Kommission enthält gegenüber dem Beschluss des Ständerates eine Verschärfung. Es dürfen weder Provisionen noch Courtagen bezahlt werden, und es darf – immer im Bereich der Grundversicherung – keine Telefonwerbung finanziert werden. Die Minderheit will nicht etwa die Lösung des Ständerates, sondern sie will nichts; es soll keine solche Regelung geben.

Wir debattieren seit Monaten oder eigentlich schon seit Jahren darüber, wie wir die Prämienlast für die Versicherten mildern könnten. Bund und Kantone bezahlen grosse Summen, um die Prämien der unteren und mittleren Einkommen zu verbilligen. Es ist darum äusserst stossend, dass viel Geld dafür ausgegeben wird, die guten Risiken von den einen Krankenkassen wegzulocken und anderen Krankenkassen zuzuführen. Solange wir die Einheitskasse nicht haben, wird es den Krankenkassenwechsel geben. Es ist das gute Recht der Versicherten, dies zu tun. Wir sollten jedoch klar und deutlich festhalten, dass solche Aktionen der Krankenkassen nicht zulasten der Grundversicherung gehen dürfen.

Ich bitte Sie namens der SP-Fraktion, der Mehrheit zuzustimmen.